

Andrea Baier

Von der Vollbeschäftigungs- zur Tätigkeitsgesellschaft – Wohlstand auch mit weniger Erwerbsarbeit?

Beitrag zur Tagung »Politik in der Wachstumsfalle«, Evang. Akademie Loccum, 2. - 4. Juli 2010

Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft ist nicht neu, sondern ziemlich genau dreißig Jahre alt. 1982 fand an der Universität Bielefeld der Kongress »Die Zukunft der Arbeit – Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung« statt. Die Stimmung unter den Diskutanten war durchaus optimistisch. Einen Moment lang war vorstellbar, dass sich die Menschen von den mühevollen, notwendigen und unattraktiven Arbeiten befreien und sich stattdessen den interessanteren, erfüllenderen, freiwilligen Tätigkeiten zuwenden könnten. Die hohen Kosten ökologischer, aber auch sozialer »Natur«, die mit der industriellen Produktion verbunden waren, und die Sättigung der Märkte ließen ein weiteres Wirtschaftswachstum ohnehin fragwürdig und obsolet erscheinen. Insofern könnte der Rückgang der industriellen Arbeitsplätze die historische Chance bieten, mehr Kapazität für die Vermehrung und Verbesserung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen (z. B. in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen) freizumachen.

Wenn es gelänge, die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht zu verteilen – gemeint war die Arbeit in der Industrie und andere Lohnarbeit –, dann könnte die Wochenarbeitszeit sinken (auf 30 oder auch 25 Stunden), und die gewonnene erwerbsarbeitsfreie Zeit könnte für andere Dinge genutzt werden. So vermutete z. B. Ralf Dahrendorf: »Wir stehen möglicherweise an der Schwelle zu einer Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit gegenüber Formen der freien Tätigkeit zurücktritt, in diesem Sinne am Ende der Arbeitsgesellschaft und am Beginn von etwas wie der Tätigkeitsgesellschaft«.¹

Leider übersah man in der Euphorie, dass die erwerbsarbeitsfreie Zeit nur frei von Erwerb, aber nicht von Arbeit war, es sich also nicht um Zeit handelte, die man beliebig mit Tätigkeiten hätte auffüllen können. Das heißt, diejenigen, die hier für die »andere Arbeit« eintraten, haben sich um die Analyse der real existierenden unbezahlten Arbeit nicht wirklich bemüht. Hausarbeit, z. B., spielte in den Szenarien nur eine sehr untergeordnete und wenn, dann verkannte Rolle.² Das ist deshalb nicht unproblematisch, weil es zweifellos die gesellschaftliche Anerkennung der Subsistenz und eine realistische Einschätzung ihrer Situation wie ihres Potentials brauchen wird, um eine Vorstellung von Wohlstand und Lebensqualität jenseits des Wachstumszwangs zu entwickeln.

Aber immerhin, nach Jahrzehnten der Vollbeschäftigung geriet erstmals wieder in den Blick, dass es noch einen anderen Lebenssinn geben könnte, als in die Fabrik oder ins Büro zu gehen. Zu lange war die Lohnarbeit *das* Paradigma von Arbeit schlechthin gewesen. Dass Lohnarbeit eine ziemlich fremdbestimmte Sache ist und es eine Reduzierung der menschlichen Möglichkeiten bedeutet, sich in seinen Lebensäußerungen auf Erwerbstätigkeit und Konsum zu beschränken, hatte lange keine Rolle gespielt (weil es ja auch von Anfang an mit zum fordistischen Deal gehörte). »Entzug von Daseinsmächtigkeit« nennt das z. B. Marianne Gronemeyer: »Danach ist es die [industrielle] Produktion selbst, die (in dem Maße, wie sie – sich durchsetzend – alle anderen Formen menschlicher Tätigkeit vernichtet) es unmöglich macht, daß das Subjekt gesellschaftlich mit sich

¹ In: Thomas Schmid (Hg.) (1986): »Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen«, Berlin: Wagenbach.

² Nur so konnte es zu einem so positiven Begriff von »informeller« Arbeit kommen. Ein Blick über den Tellerand, in die Haushalte, oder in die Länder des Südens, wo die »informelle Arbeit« auch sehr verbreitet ist, hätte gezeigt, dass sie kein Hort der Freiheit.

selbst und mit der Natur vermittelt sei, welches ja doch die Voraussetzung für Produktion zum Wohle der Menschen sein soll« (1988:141)³.

Und jetzt schien also die Vision auf, dass nicht (mehr) die Lohnarbeit den Takt angibt, sondern das selbstbestimmte Tun. Etliche haben sich damals auch inspirieren lassen und die Utopie ganz konkret in Praxis umzusetzen versucht: Statt sich auf Lohnarbeitsplätze zu bewerben, haben sie ihre eigenen Projekte gegründet, im Kollektiv gewirtschaftet, andere Lebens- und Arbeitsbedingungen etabliert. Es entstand so etwas wie ein alternativer Sektor, in dem Ansätze einer solidarischen Ökonomie zu beobachten waren, wo Menschen »ihre Wirtschaft« wieder selbst in die Hand zu nehmen sich zutrauten.

Aber insgesamt ist man besagter »Tätigkeitsgesellschaft« in den letzten 30 Jahren eben doch nicht näher gekommen. Jedenfalls nicht in dem Sinne, dass die (entfremdete) Lohnarbeit an Bedeutung eingebüßt und die unbezahlten (freien) Tätigkeiten an Bedeutung gewonnen hätten. Es gibt inzwischen mehr Arbeit, die unbezahlt getan werden muss und weniger Arbeit, die noch (gut) bezahlt wird, aber zu Freiheitsgewinnen hat das nicht geführt. Es ist nicht gelungen, die Ansprüche der Lohnarbeit zurückzudrängen oder zu begrenzen. Im Gegenteil. Mittlerweile erbringen viele Menschen diverse Zusatzleistungen für ihren Arbeitsplatz, sie bilden sich fort, sie pendeln, sie nehmen Überstunden in Kauf. Wegen der »Konsolidierung der Haushalte« bzw. der »Wettbewerbsfähigkeit« wird trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit auch wieder länger gearbeitet.

Was sind die Gründe für diese zunächst paradox anmutende Entwicklung? Ein Grund liegt in der neoliberalen Wende, die in der Politik vollzogen wurde, ein weiterer aber auch darin, dass die Vision einer Tätigkeitsgesellschaft nie wirklich im Mainstream der Gesellschaft ankam. In den Jahrzehnten des Wirtschaftswachstums nach dem Krieg hat sich allmählich eine Verschiebung ereignet: Nicht mehr die konkreten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge galten als für die Existenzsicherung unentbehrlich, nicht mehr der Garten hinterm Haus, die Werkstatt im Keller oder die Möglichkeit, Vorräte zu lagern, auch nicht die Fähigkeiten, die man so hat, sondern alleine das Geld, das man verdient. Die industrielle Produktion hat die Subsistenzproduktion nachhaltig entwertet, es lohnte sich einfach nicht mehr, Kartoffeln anzubauen oder Dinge zu reparieren, und entsprechend kam es auch zu einem Imageverlust dieser Tätigkeiten. Lohnarbeit war das Gebot der Stunde. Und so konnte sich die Vermarktlichung aller Arbeits- und Lebensbereiche relativ unmerkelt und unwidersprochen durchsetzen, bis schließlich eine andere als die von Kapital und abhängiger Arbeit bestimmte Produktionsweise den meisten nicht mehr vorstellbar war. Die Menschen sehen einfach nichts anderes, womit sie ihre Existenz sichern könnten. Deswegen sind sie auch bereit, sich von der Idee der »guten Arbeit« zu verabschieden, wenn dann möglichst viele Jobs geschaffen werden können.

Hinzu kommt, dass das Reich der unbezahlten Arbeit unter gegebenen Bedingungen nicht so attraktiv ist, wie sich die Protagonisten der Tätigkeitsgesellschaft das vorgestellt hatten. Hier herrschen weniger Ruhe und Muße als vielmehr ebenfalls Stress, Hektik – und vielfach ein schlechtes Gewissen. Wenn man sich den Alltag von Menschen konkret anschaut, lässt sich feststellen, dass Werken, Basteln und Reparieren zwar ganz beliebt sind, es mit der sozialen Eigenarbeit aber schon schlechter aussieht, und die tägliche Hausarbeit angesichts der Zeitnot nicht selten zur Qual wird. Gerhard Scherhorns und Patricia Dahms haben das in ihren »Untersuchungen über Subsistenz und Eigenarbeit«⁴ beschrieben. Subsistenzarbeit – Einkaufen, Kochen, Tischdecken, Abwa-

³ Marianne Gronemeyer (1988): Die Macht der Bedürfnisse. Reflexionen über ein Phantom, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

⁴ So lautet der Untertitel ihres gemeinsamen Manuskripts. Scherhorn/Dahm haben Menschen gefragt, welche Bedingungen gegeben sein müssten, damit sie auch die »soziale Eigenarbeit«, so haben die AutorInnen Nachbarschaftshilfe wie auf die Kinder von Freunden und Bekannten aufpassen, jemanden im Krankenhaus oder Seniorenheim besuchen, Nachhilfe erteilen, jemanden bei einem Behördengang begleiten und ähnliche Dinge mehr, genannt, gerne oder lieber täten. Ihre GesprächspartnerInnen haben im Wesentlichen geantwortet, sie bräuchten mehr Ruhe und Muße für solche Dinge, außerdem wünschten sie sich mehr professionelle Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung (Gerhard Scherhorn/Patricia Dahm (1999): Die andere Arbeit. Untersuchungen über Eigenarbeit und Subsistenz, Köln und Wuppertal – Ein Forschungsprojekt

schen, Kinder erziehen, Kranke pflegen und was sonst eben in der Besorgung eines Haushalts anfällt – ist eben nicht frei von kapitalistischen Zwängen.⁵ Die unbezahlte Arbeit ist vielmehr immer schon fest eingeplant im Zusammenspiel von Lohnarbeit und Kapital, und sie ist oft sogar mit einem noch ungenierterem Zugriff auf das Arbeitsvermögen und die sozialen Ressourcen von Menschen verbunden, als es selbst bei der Lohnarbeit der Fall ist. Dass Frauen versuchen, die unbezahlte Hausarbeit zu minimieren und lieber erwerbstätig sind, ist insofern folgerichtig.⁶

Das hat inzwischen zu einer regelrechten »Reproduktionskrise« (Marianne Rodenstein) geführt. Wir erleben, so spitzte es Veronika Bennholdt-Thomsen auf der Subsistenztagung der anstiftung in Tutzing 2007 zu, gerade auch in den Metropolen so etwas wie eine Verwahrlosung der Subsistenz, zeitlich, räumlich und zwischenmenschlich.⁷ Wenn Frauen gleichermaßen wie Männer erwerbstätig sind (und auch sein sollen – und auch wollen), entsteht zwangsläufig eine Versorgungslücke. Von der ist auch bisweilen die Rede, allerdings ohne das Kind wirklich beim Namen zu nennen, es heißt dann, es gibt ein Problem mit dem »demografischen Wandel« oder der »Überalterung der Gesellschaft«, aber dass es zum »Versorgungsnotstand« auch deshalb kommt, weil die Zeit, die für Fürsorge einmal zur Verfügung stand, sukzessive geschrumpft ist, wird tunlichst verschwiegen. Eigentlich, sagt Adelheid Biesecker, hätten wir gerade angesichts der veränderten Altersstruktur, »keine Zeit mehr für so viel Erwerbsarbeit!« (2008:57)⁸

Zur »Lösung« des Problems stehen die Kommerzialisierung und De-Familiarisierung der Hausarbeit auf der Tagesordnung. Die Versorgungslücke in der Reproduktion wird nicht von Männern, die ihre Lohnarbeit reduzieren, geschlossen, sondern von Migrantinnen, die durch planmäßige Illegalität zu Dumpingpreisen gezwungen sind. Damit verlagert sich die Versorgungskrise dann z. B. nach Polen, von da in die Ukraine, auch diese sogenannte Kettenmigration ist eine Externalisierung von Kosten.⁹

Die Politik verhält sich zum Problem halbherzig und widersprüchlich. Weil sie hartnäckig (und wider besseres Wissen) an der Fiktion von Wachstum und Vollbeschäftigung festhält,¹⁰ kann sie gar

der Hans Böckler Stiftung, durchgeführt im Institut für angewandte Verbraucherschutzforschung Köln und im Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie).

⁵ Sie muss mit der »vereinbart« werden, die Lebensmittel, die es zur Reproduktion braucht, müssen gekauft werden und sind international gehandelte Waren, sie leistet unfreiwillig ihre Beiträge zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft, ihr werden diverse Kosten aufgebürdet, die von den Unternehmen externalisiert werden usw. Subsistenzarbeit vor dem kapitalistischen Zugriff zu schützen, ist kompliziert und nur beschränkt möglich.

⁶ Aus der feministischen Forschung etwa ist bekannt, dass Frauen u. a. auch deshalb »arbeiten gehen«, um sich den endlosen Ansprüchen der Hausarbeit zu entziehen (vgl. Arlie Russel Hochschild (2002): Keine Zeit. Work-Life-Balance; wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen: Leske + Budrich).

⁷ »Zeitlich, weil wir immer weniger Zeit für die Verrichtungen des Alltags haben; räumlich, weil z. B. im Wohnungsbau kein Platz mehr für Vorrat, Verarbeitung von Lebensmitteln und andere handwerkliche Tätigkeiten vorgesehen werden; zwischenmenschlich, weil unter gegebenen Bedingungen die Fürsorge für Kinder und Alte zu kurz kommt.« (Veronika Bennholdt-Thomsen, Vortragsmanuskript, Tutzing 2007)

⁸ Adelheid Biesecker (2008): Kürzer arbeiten - besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie. In: Zimpelmann, Beate/ Endl, Hans-L. (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung. Hamburg: VSA, S. 55-75.

⁹ Maria Rerrich beschreibt, wie das Problem gleichsam von Westen nach Osten wandert, die Reproduktionskrise führt zu Kettenmigration: Polinnen verlassen ihre Familien, um in Deutschland oder anderen westeuropäischen Ländern alte Menschen zu pflegen, und greifen für die Versorgung ihrer Familien auf die Hilfe von Frauen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zurück (Maria Rerrich 2006: Die ganze Welt zuhause: Cosmopolite Putzfrauen in privaten Haushalten, Hamburg: Hamburger Edition).

¹⁰ Die Politik hat nicht einmal darauf reagiert, wie viele Menschen sich inzwischen ihren Erwerbsarbeitsplatz selber basteln (vgl. Peter Plöger, 2010: Arbeitssammler, Jobnomaden und Berufsartisten. Viel gelernt und nichts gewonnen? Das Paradox der neuen Arbeitswelt, München: Hanser Verlag). Man könnte auch den »informellen Sektor«, die »kleine Wirtschaft« fördern, die gegenüber der Industrie immer im Nachteil ist, die Subventionen bekommt aber bekanntlich letztere. In der Landwirtschaft ist das besonders frappant.

keine Anwältin der Subsistenz sein (auch die Familienministerin kann das nicht sein). Die Agenda 2010 folgt dem Blaming-the-victim-Prinzip und macht Lohnarbeit einmal mehr zum alleinigen Referenzpunkt. Die gesellschaftliche Anerkennung der unbezahlten Arbeit steht dagegen weiter aus (nur das »Ehrenamt« erfreut sich inzwischen einer verdächtigen Beliebtheit, es soll vor allem den Umbau des Sozialstaats flankieren). Die Hartz IV-Gesetzgebung und das neue Unterhaltsrecht signalisieren im Grunde die gesellschaftliche Verzichtbarkeit von Hausarbeit, wie Elisabeth Meyer-Renschhausen treffend bemerkt.¹¹ Selbst als alleinerziehende Mütter oder als Angehörige von Pflegebedürftigen sollen Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (2010: 34) – und zwar unabhängig davon, ob es überhaupt Lohnarbeitsplätze gibt.¹² Das »Müttergeld« wird abgeschafft und durch »Elterngeld« ersetzt und funktioniert nur als Lohnersatzzahlung. Deshalb, so die herrschende und offenbar für viele nachvollziehbare Logik, soll es Arbeitslosen jetzt auch gestrichen werden. Nach dem neuen Unterhaltsrecht lassen sich aus Haus- und Versorgungsarbeit keine Ansprüche mehr ableiten. Das Bewusstsein von der Bedeutung von Hausarbeit war nie gründlicher getilgt, kommentiert Barbara Duden (2009).¹³ Die Entwertung der Haus- und Erziehungsarbeit spiegelt sich noch im Vorschlag von Familienministerin Kristina Schröder wider: Die Pflegearbeit sollen die Arbeitnehmer, meist werden es Arbeitnehmerinnen sein, komplett selbst finanzieren. Sie sagt das auch ganz offen: Das Modell soll kostenneutral für Staat und Arbeitgeber sein. Dass trotzdem viele Betroffene ihren Vorschlag als Entlastung und Anerkennung erleben dürften, ist bezeichnend.¹⁴

Die Vorstellung, es gäbe einen vom Lohnarbeitsregime relativ unberührten Raum, nämlich die unbezahlten Tätigkeiten, war eben von vornherein trügerisch. Die Trennung zwischen Lohnarbeit und Eigenarbeit ähnelt ein wenig der unseligen Trennung zwischen »Schutz- und Schmutzzonen« im Naturschutz. Genauso wie es wenig Sinn macht, Naturschutzgebiete auszuweisen, in denen gar keine Wirtschaftstätigkeit mehr stattfinden darf, während im ungeschützten Gebiet weiter Pestizide ausgebracht werden können, ist es unsinnig, Ökonomie zweiteilen zu wollen, »in eine offizielle, von Erwerbsarbeit geprägte Ökonomie einerseits und in eine inoffizielle, von mütterlich-wärmender Eigenarbeit geprägte Ökonomie andererseits« (vgl. Bierter/Winterfeld 1998). Hier die befreite Eigenarbeit – dort die notwendige Erwerbsarbeit, dieser Ansatz führt in die Irre. Mit der Erwerbsarbeit stimmt etwas nicht, wenn sie die Orientierung am Lebensnotwendigkeiten „vergisst“, urteilen Willy Bierter und Uta von Winterfeld im Resümee ihres Sammelbands zur »Zukunft der Arbeit –

¹¹ Elisabeth Meyer-Renschhausen (2010): Urbanes Ackern. Die Rückkehr von Gemüseanbau und Selbstversorgung in den Städten, in: Landwirtschaft 2010. Der kritische Agrarbericht (herausgegeben von Agrarverbund e. V. Konstanz, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH), Hamm: ABL Verlag, S. 285-289.

¹² Vor dieser »Großwetterlage« ist der »gemeinwohlorientierte Arbeitsmarkt«, den Hannelore Kraft zum Wohle der Arbeitslosen einführen will, sehr mit Vorsicht zu genießen.

¹³ Barbara Duden (2009) in: Mascha Madörin, Care-Ökonomie. Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten, Ottenbach (Schweiz): Red.Olympe.

¹⁴ Mit dem Wandel des staatlich organisierten Kapitalismus zum Neoliberalismus bekam eine radikal gegenkulturelle Bewegung – der Feminismus – plötzlich einen anderen Dreh. Nancy Fraser fragt (sich), ob es Zufall war, dass neoliberale und feministische Ideen zeitgleich auf der politischen Bühne erschienen bzw. sich ausbreiten konnten. Die Kritik am Androzentrismus (am Familienlohn) passte bestens zum »Neuen Geist des Kapitalismus«, der, so Fraser, nicht nur den »Traum vom freien, bindungslosen, sich selbst entwerfenden Individuum« aufgreift, wie Boltanski und Chiapello treffend analysiert hätten, sondern auf die massenhafte Nutzung billiger Arbeitskraft angewiesen bleibt. Der Traum von der Frauenemanzipation wurde in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt. Die Kritik am Familienlohn schien den flexibilisierten Kapitalismus zu rechtfertigen, verschaffte ihm die nötige Legitimation: Sie vermittelt den täglichen Kämpfen und Mühen von Frauen einen höheren Sinngehalt und ist attraktiv für Frauen auf beiden Seiten des gesellschaftlichen Spektrums, einerseits für »die weiblichen Kader der berufstätigen Mittelschichten mit ihrer Entschlossenheit, ..., die gläserne Decke, zu durchbrechen; und auf der anderen Seite die weiblichen Teilzeitkräfte, Niedriglohn-Dienstleister, Hausangestellten, Sex-Arbeiterinnen, Migrantinnen, Exportproduktionszonen-Arbeiterinnen und Kleinkreditnehmerinnen, denen es ja nicht nur um Einkommen und materielle Sicherheit geht, sondern ebenso um Würde, persönliche Weiterentwicklung und die Befreiung von überkommenen Autoritätsverhältnissen« (52). Die Kritik am Familienlohn habe, so Fraser, im Ergebnis die Überbewertung der Lohnarbeit im Kapitalismus noch verstärkt (Nancy Fraser, 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche Politik 8'09, S. 43-57)

welcher Arbeit?« (ebd.:300).¹⁵ Wenn die Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft ökologisch fragwürdig ist, ist es die Eigenarbeit wohl oder übel auch.

Es kann also nicht darum gehen, die Erwerbsarbeit einzuhegen, irgendwie zu neutralisieren, sondern man muss schon das gegenwärtige Verhältnis von Subsistenz- und Warenproduktion insgesamt infrage stellen. So fordern denn auch Daniel Dahm und Gerhard Scherhorn in ihrem gemeinsamen Buch »Urbane Subsistenz« umstandslos: »die Erwerbswirtschaft muss sich das Prinzip der Subsistenzorientierung zu eigen machen« (2008:186).¹⁶

Wenn man sich darauf verständigen könnte, dass Sinn und Zweck von Wirtschaft sein soll, die Versorgung zu sichern, und nicht die Erwirtschaftung von Profit, nicht die Verstärkung von Lohnarbeit und Konsum, dann wäre in der Tat viel gewonnen, eigentlich schon alles. Sich an der Subsistenz zu orientieren, ist nun aber nicht das, was die kapitalistische Warenproduktion antreibt. Profitmaximierung und Subsistenzsicherung widersprechen sich, selbst wenn es letztlich ohne Subsistenzsicherung auch keine Profitmaximierung geben kann. Gerhard Scherhorn bringt das Problem denkbar lapidar auf den Punkt, wenn er hier in seinem Tagungsmanuskript konstatiert: Sozialbindung steht im Widerspruch zum Primat der Kapitalakkumulation. Und trotzdem ist er überzeugt: Es bedarf keiner Revolution, um die Sozialbindung des Kapitaleigentums herbeizuführen. Es bedarf nur bestimmter, gesetzlich zu schaffender Rahmenbedingungen, d. h. der entsprechenden politischen Willensbildung.

An dieser Stelle kommt die Subsistenz vielleicht noch einmal neu ins Spiel. Subsistenz ist nämlich trotz ihrer Eingebundenheit in die – kapitalistischen – Verhältnisse nicht nur Teil des Problems, sondern auch Teil seiner Lösung, wenn man ihr denn mehr gesellschaftliche Präsenz und Relevanz zugestehen würde. Von der Subsistenz her gedacht, lässt sich eine Vorstellung davon entwickeln, wie ein anderes Arbeiten und Wirtschaften aussehen könnte, das sich nicht am Profit, nicht an Effektivität, sondern an den (Über-)Lebensinteressen von Menschen orientiert. In Subsistenzkontexten geht es nicht um Wachstum, nicht um »höher, schneller, weiter«, sondern um Kreislauf und Reproduktion. »... innerhalb der Versorgungswirtschaft (gelten) andere Handlungsorientierungen, Rationalitätskriterien, Zeitvorstellungen etc. als innerhalb der Marktökonomie, die produktive Ansatzpunkte für die Entwicklung nachhaltiger Ökonomiekonzepte bieten...« (Schön et al. 2002: 14).¹⁷

Und das ist nicht nur schöne Zukunft, schon heute ziehen die Individuen aus diesen Lebensbereichen »Lebenskraft«, sie nutzen die »Reproduktion« als »eigensinnige Grenzziehung«, wie Kerstin Jürgens (2006) es formuliert, um sich den Ansprüchen der flexibilisierten Arbeitswelt zu widersetzen.¹⁸ In einem Forschungsprojekt der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis haben wir festgestellt, dass Subsistenz (in Form von Haus- und Eigenarbeit, Engagement und Selbstversorgung) eine wichtige Rolle spielt im widersprüchlichen Prozess (post-)moderner Vergesellschaftung: Neuerliche Begrenzungen der Entgrenzungen von Raum, Zeit, Körper und Soziales gelingen den Individuen in ihren Leben oft durch eine Subsistenzorientierung: durch die Wiederbelebung des Lokalen, die Pflege des Sozialraums, die Anbindung an Naturumgebungen, die Wertschätzung von Fürsorge. Wenn überhaupt, dann werden vermutlich *hier*, in diesen Lebensbereichen, die neuen Wohlstandskonzepte entstehen, die für eine Postwachstumsgesellschaft vonnöten sind (Baier/Müller/Werner 2007)¹⁹

¹⁵ Willy Bierter/Uta von Winterfeld (1998): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Berlin/Basel/Boston: Birkhäuser

¹⁶ Daniel Dahm/Gerhard Scherhorn (2009): Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Reichtums, München: Oekom

¹⁷ Susanne Schön/Dorothee Keppler/Brigitte Geißel (2002): Gender und Nachhaltigkeit. Sondierung eines unübersichtlichen Forschungsfeldes, Discussion Paper 01/02, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin.

¹⁸ Kerstin Jürgens (2006): Arbeits- und Lebenskraft. Reproduktion als eigenwillige Grenzziehung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

¹⁹ Andrea Baier/ Christa Müller/ Karin Werner (2007): Wovon Menschen leben. Arbeit. Engagement und Muße jenseits der Lohnarbeit, München: Oekom Verlag.

Daniel Dahm und Gerhard Scherhorn konstatieren in ihrem Buch einen Wertewandel hin zu mehr Subsistenzorientierung, den sie u. a. an der wachsenden Bereitschaft junger Väter festmachen, Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen, an der Einsicht in die Notwendigkeit nachhaltigen Konsums, am Interesse an Teilzeitarbeit, an der Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement – sie nennen solche Einstellungen, solches Handeln »moderne Formen der Subsistenzorientierung« –, und sie meinen beobachten zu können, dass die Attraktivität von Erwerbsarbeit schwindet angesichts von Produktivitätszwängen und Stress (a.a.O: 41).

Zu beobachten ist auch, dass sich insbesondere junge Leute neuerdings wieder soziale Zusammenhänge schaffen, die es ihnen ermöglichen, unabhängiger von Markt und Konsum zu werden, sie produzieren Dinge selbst, tauschen sich aus, reduzieren ihre Bedürfnisse, definieren Lebensqualität neu. Christa Müller prognostiziert eine Renaissance urbaner Subsistenztätigkeiten gerade auch angesichts schwindender Ölreserven. Schon bald wird es sich wieder lohnen, das eigene Gemüse anzubauen.²⁰ Wenn wir mehr selber machen, schrumpft die industrielle Massenproduktion und schrumpft die Macht der Konzerne, argumentieren von der anderen Seite her die Autoren des viel besprochenen Buchs »Marke Eigenbau« Thomas Ramge und Holm Friebe und werben für überschaubare, von den ProduzentInnen selbst kontrollierte Tauschverhältnisse.²¹

Auch die Regionalbewegung(en) setzen auf eigenständige Versorgung und schaffen dafür neue lokale Märkte. Regionales Wirtschaften ist in der Tendenz subsistenzorientiertes Wirtschaften, weil es um die Versorgung der Region geht, der Nachbarn, wenn man so will.²² Zum regionalen Wirtschaften gehört, dass sich ProduzentInnen und KonsumentInnen aufeinander zu beziehen und miteinander vernetzen. Dabei entwickeln die beteiligten Akteure ein eigenes Verständnis von Wirtschaft: Wirtschaft ist da, wo sie ihren eigenen Handel treiben und nicht da, wo der Investor von außen möglichst viele Lohnarbeitsplätze schafft.

Was diese Ansätze von den »alten« Ansätzen von vor dreißig Jahren unterscheidet, sind womöglich »nur« die veränderten Rahmenbedingungen. Die Alternativen aus den 1980er Jahren agierten noch aus einer halbwegs komfortablen ökologischen und sozialen Situation. Inzwischen sind die Spielräume viel enger. Andererseits sind die ProtagonistInnen unbefangener und weniger ideologisch. Auf jeden Fall wird es eine Rolle spielen, inwieweit es gelingt, Anliegen der Subsistenz ins Spiel zu bringen: Ohne die Umverteilung und Umbewertung von Produktions- wie Reproduktionsarbeit wird es kaum gelingen, demokratischere und solidarischere Wirtschaftsregeln zu etablieren, die der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung geben (vgl. Christa Wichterich)²³. »Es wäre schon viel gewonnen«, sagte Veronika Bennholdt-Thomsen auf der Subsistenztagung der anstiftung 2007 in der Evangelischen Akademie Tutzing, »wenn man sich bewusst würde, dass die Abhängigkeit von der Lohnarbeit (und dem System um sie herum) nicht total ist«.

Man würde sich eben mehr zutrauen, womöglich auch eine Postwachstumsgesellschaft.

Das Überleben der Menschheit, sagt Wilhelm Schmid, ist kein Selbstzweck, für den es alles in Kauf zu nehmen gälte, Ökodiktatur inklusive.²⁴ Die nachhaltige Gesellschaft müsste schon dem Lebensglück dienen. Mit dieser »ultimativen Gelassenheit« (so nennt Schmid das), kann man dann vielleicht das Beste hoffen.

²⁰ Christa Müller (2009): Die neuen Gärten in der Stadt. In: Kaestle, Thomas (Hg.): Mind the Park. Planungsräume. Nutzersichten. Kunstvorfälle, Oldenburg: Fruehwerk Verlag, S. 84-89.

²¹ Holm Friebe/ Thomas Ramge (2008): Marke Eigenbau. Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion, Frankfurt/New York: Campus.

²² Lokale Märkte sind zudem nicht auf Wachstum angewiesen, sondern entstehen jeden Tag wieder neu, weil die Versorgung mit den alltäglichen Dingen keine einmalige Angelegenheit ist. Auf regionalen Märkten muss die Versorgung für den Tag und das „Kapital“ für den Handel am kommenden Tag erwirtschaftet werden, nicht mehr.

²³ Christa Wichterich (2009): Die Abwärtsspirale, in: taz, 20.2.2009

²⁴ Wilhelm Schmid (1998): Philosophie der Lebenskunst. Eine Grundlegung, Frankfurt/M: Suhrkamp.